

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Stadtverordnetenversammlung.

Montag, den 24. Februar, Nachmittags 6 Uhr, Sitzung des 1., 2., 3. und 4. Ausschusses.

Wittwoch, den 26. Februar, Nachmittags 6 Uhr, Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Tagesordnung: Einführung eines Magistratsmitgliedes. Erstattung des Berichts über den Stand und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten. Beratung des Entwurfs des Etats zum Stadthaushalt 1913. Festsetzung des Etats für die Geseftische Ueberwachungsverwaltung. Anstellung von Gemeindebeamten. Festsetzung eines Büwengeldes. Entlastung von Jahres- und Fausgeldrechnungen. Bewilligung eines Nachkredits. Genehmigung von Staatsüberschreitungen. Bewilligung von Unterstützungen. Wahl von Mitgliedern im Grundstück Weisgerberstraße Nr. 23. Projekt für eine Verdrucksanlage zur Reinigung von Regenwasser durch Alaun und Ozon. Projekt für den Neubau einer Turnhalle bei der 13. Anabensschule in Bonarthe. Herrichtung der Zimmer im Turm der Werftstraße zu einer Wohnung. Verkauf eines Grundstücks. Annahme einer Erbschaft. Petition betr. die Erhaltung des Hauses der Sagenheim Hofapotheke, Junkerstraße 6. Petition der Lehrkräfte an den Mittelschulen um Erhöhung der Mittelschulzulage. Petition um Erhöhung des Grundlohnes der städtischen Handwerker und Arbeiter. Audaorderung des Magistrats auf die Petition selbständiger Gewerbetreibender und Händler um Aufhebung der Konkurrenz durch kommunale Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Teilweise Belegung des Alten Pflaumer Landstraße mit Wasserleitung. Rückzahlung von Anliegerbeiträgen. Uebernahme einer Garantie. J. V. Braun.

1813 und die Sozialdemokratie.

Das Verhalten der Sozialdemokratie in der Berliner Stadtverordnetenversammlung aus Anlaß der vom dortigen Magistrat geplanten Feier des Jahres 1813 ist tief bedauerlich und erinnert an die Zeiten, die doch einigermaßen überwunden schienen, wo die Sozialdemokratie ohne jedes geschichtliche Verständnis in blinder Verbitterung an allem herumgörgelte, was anderen wertvoll war. Wieder muß man erfahren, daß die Sozialdemokratie noch immer beherrscht wird von der Absicht, sich in Gegensatz zu bringen zu dem politischen und ethischen Empfinden aller anderen Bevölkerungsklassen. Wir leben mit Trauer, daß die Sozialdemokratie die ihr Angehörigen geistig völlig isolieren will von dem Leben der Nation.

Dieses Gefühl der Trauer, das sich einstellen muß, wenn man sieht, daß große Kreise der deutschen Bevölkerung entfremdet werden sollen von dem Geistes- und Kulturleben, von den Schmerzen und Freuden, von der großen Geschichte ihrer eigenen Nation, verbindet sich mit dem Gefühl der lebhaften Entrüstung über den von der sozialdemokratischen Fraktion des Berliner Rathhauses herbeigeführten Zwischenfall. Hier lag keine Entgleisung vor, wie sie temperamentvollen Rednern gelegentlich passieren kann, kein verletzender Ausdruck, der herausgehoben war aus dem Gefühl des Widerstandes gegen rücksichtslose Machthaber oder aus tiefer Empörung über befamfenswerte Zustände; hier handelte es sich um eine in der Stille des Fraktionszimmers aufgelegte, kühl und nüchtern erwogene Erklärung, die dann abgegeben wurde von einem Mann, dem Stadtv. Bruns, den man als ruhigen und maßvollen Kommunalpolitiker in Berlin sonst zu schätzen wußte.

Diese Tatsache, daß der Vorstoß der Sozialdemokratie gegen die geplante Feier mit Vorbedacht und kalter Berechnung geschah, ist am meisten geeignet, das Vorgehen der Sozialdemokratie als grobe Kränkung zu empfinden. Die Behauptung, die übergroße Mehrheit des preußischen Volkes und der Berliner Bürger habe keine Veranlassung, jener Zeit feierlich zu gedenken, spricht den Tatsachen und den Empfindungen Hohn. Die Preußen sind stolz auf 1813, und sie wollen sich die Erinnerung an jene herrlichen Zeiten der Erhebung des Volkes gegen die Fremdherrschaft und des Aufstommens eines gewaltigen nationalen Idealismus nicht nehmen lassen.

Die Berliner Sozialistenführer — denn als solche darf man die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des roten Hauses ansprechen — schlagen aus ihrer eigenen programmatischen Auffassung ins Gesicht, daß die Befreiung von fremdem Joch nur das Werk des Volkes selbst sein könne. Im Jahre 1813 hat sich das Volk selbst befreit. Ohne den gewaltigen Freiheitskrieg im Volk wäre die Regierung nicht vorangegangen, hätte der König nicht sein berühmtes Manifest „An mein Volk“ erlassen können, das der aus den Tiefen der Volksseele geborenen Bewegung den offiziellen Rückhalt gab. Eine echte und rechte Volksbewegung war 1813, eine Errungenschaft berer, die nach Freiheit dürsteten, nach Freiheit vom Joch des ausländischen Eroberers und vom Joch der inneren Knecht. Das nach den erhebenden Freiheitskämpfen das Ziel der Befreiung vom Junkerregiment nicht erreicht wurde und auch das Versprechen einer Verfassung erst viel später in Erfüllung ging, daß die rücksichtigen Verhältnisse in Preußen leider heute noch herrschen und wir unter einem Wahlrecht seuffen, das nur die Karikatur eines wirklichen Volksrechtes ist, kann uns nicht verhindern, jenes großen Jahres mit Ehrfurcht und in weidewoller Stimmung zu gedenken. Wenn die Sozialdemokratie an dieser Nationalfeier nicht teilhaben will, so setzt sie sich damit selbst herab und diskreditiert ihren eigenen, so oft zur Schau getragenen Glauben an die Macht und die Berechtigung einer großen Volksbewegung.

Und noch eins: die Sozialdemokratie leidet durch ihr unglaubliches Berliner Vorgehen Wasser auf die Mühle der Scharfmacher aller Art. Sie erschwert den Kampf gegen die konservative Vorherrschaft, deren Agitatoren und Abgeordnete die Attacke gegen die 1813-Feier als willkommenen Anlaß benutzen werden, um die Sozialdemokratie der antinationalen Gesinnung zu bezichtigen und dadurch die Wählererschaft zu veranlassen, sich fester um das konservative Banner zu scharen. Auch hier wieder bewährt sich demnach die rassistale Sozialdemokratie als ein Teil jener Kraft, die zwar vielleicht den Fortschritt will, in Wirklichkeit aber den Rückschritt fördert.

Die Friedenswünsche der Türkei.

Ein Vertreter des Neuen Reichs Bureaus hatte am Freitag eine Unterredung mit dem in London weilenden Hakkı Pascha. Der türkische Sonderdeputierte wies zunächst auf den halb offiziellen Charakter seines Aufenthaltes in London hin, der ihm größere Freiheit des Handelns gewährte als eine offizielle Mission. Er verbreitete sich hierauf über die bekannten territorialen Ansprüche der Türkei. Da ein Friede aus direkten Verhandlungen zwischen den Kriegführenden ausgeschlossen erseheine, hätte die Türkei sich an Europa gewendet in der Hoffnung, daß die Großmächte die Situation richtig beurteilen würden. Die Türkei werde glücklich sein, die Angelegenheiten in Händen der Botschafterkonferenz unter dem Vorstze des Staatssekretärs Greys zu wissen. Als sie Europa um Intervention ersucht hätte, hätte sie es in der Meinung getan, daß Europa ihr den ganzen Umfang des abzuschließenden Vertrages zeigen werde und man dann verhandeln könne. Dieses sei die heutige Lage. Hakkı Pascha fuhr fort: Zum Beispiel müßte die Türkei aus den ihr vorgeschlagenen Bedingungen ersehen können, daß den Muslimanen ihre religiösen und anderen Rechte gesichert werden. Sie habe kein Interesse daran, den Krieg fortzusetzen, da die verlorenen Gebiete nicht wiedergewonnen werden könnten. Jedoch dürfe Adrianopel ebensovienig die Türkei wie Bulgarien bedrohen. Die Türkei wünsche zwei Schlüssel zu dieser Stadt, einen für die Türkei und einen für Bulgarien. Die Annahme, daß seine Mission mit der Diskussion über die Bagdadbahn, über die Kowestfrage und ähnlichem zusammenhänge, sei unrichtig. Was die ägäischen Inseln anlangte, existiere keine Archipelfrage. In dem Ultimatum der Verbündeten, das sie vor Ausbruch des Krieges überreichten, sei von dem Status der Inseln keine Rede gewesen. Schließlich betonte Hakkı Pascha, daß die Sicherheit Konstantinopels, des Marmarameeres und der Dardanellen sowie Kleinasien gewährleistet werden müsse.

Die Botschafterkonferenz.

Berlin, 22. Februar. (Originaltelegramm.) In der gestern abgehaltenen Sitzung der Londoner Botschafterkonferenz hat man sich, wie anzunehmen war, außer über die albanische Frage, die den Hauptgegenstand der Beratungen bilde, auch über den rumänisch-bulgarischen Konflikt unterhalten. Ein positives Ergebnis ist jedoch, wie wir an zuständiger Stelle hören, noch nicht erzielt worden, jedoch ist in der Auffassung über die gesamte politische Lage durchaus optimistisch. Ob Rußland bereit, wie die „Neue Freie Presse“ zu melden weiß, die Erfüllung des österreichischen Wunsches bezüglich Statari zugefichert hat, kann nicht gesagt werden.

Bukarest, 22. Februar. (Wiener Korr.-Bureau.) Heute wird die Antwort der rumänischen Regierung an die Vertreter der sechs Großmächte übergeben werden. Wie verlautet, werde die Regierung den Vorschlag der Mächte annehmen und alle sechs Großmächte mit der Vermittlung betrauen. Die Regierung stellt keine Bedingungen, wünscht jedoch, daß die Mächte mitteilen, bis wann sie die Angelegenheit zu beenden hoffen.

Angewöhnlich hoffnungslos Lage der Türkei.

Berlin, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Morgenpost“ veröffentlicht ein lauges Telegramm ihres Korrespondenten aus Konstantina, das die Situation der Türken in den traurigsten Farben schildert.

Alle türkischen Siegesmeldungen seien bewußte Unwahrheit und die leitenden Stellen schienen jede Hoffnung auf Erfolg aufgegeben zu haben. Nur Enver Bey sei durch seine schweren Mißerfolge nicht entmutigt und plane einen nochmaligen Landungsversuch auf Gallipoli; er habe oft gedroht, mit den Trümmern des Komites und dem Rest der Flotte nach der Hauptstadt zu kommen und die Regierung zur Fortsetzung des Krieges zu zwingen. Sollte die türkische Offensiv auf Gallipoli abermals Mißerfolg haben, so sei mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Bulgaren, die dann keinen Planenangriff mehr zu befürchten hätten, die Tschataldjalinie im Sturm durchbrechen würden. Sollte es den Bulgaren tatsächlich gelingen, die Tschataldjalinie zu nehmen, so dürfte die Frage des Besieges von Adrianopel beim Friedensschluß wohl keine Rolle mehr spielen, und die Tschataldjalinie würde die Grenze der europäischen Türkei. Ein solcher Ausgang würde natürlich das Ende des jungtürkischen Komites und seiner Anhänger bedeuten. Die Türkei stände wieder vor einer Revolution.

Ein albanisches Staatsprogramm.

Triest, 22. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Das vorbereitende Komitee des ab 1. März in Triest tagenden Albanerkongresses hat in seiner gestrigen Sitzung das Programm des Kongresses ausgearbeitet, das aus folgenden vier Punkten besteht:

1. Der Kongress verlangt auf Grund der historischen Rechte der albanischen Völker die Errichtung eines unabhängigen Albanien, das imstande ist, politisch und wirtschaftlich zu leben.
2. Nachdem die in Albanien und außerhalb Albanien lebenden Albaner den Wunsch ausgesprochen haben, dem neuen Albanien einverleibt zu werden, nimmt der Kongress diesen Wunsch gern zur Kenntnis und begrüßt das Volk der Kuzowallachen, ebenso wie auch als Nation die im unabhängigen Albanien lebenden Wallonen als Brüdervölker.
3. Da der Kongress weiß, daß die Großmächte als Grundlage ein freies Albanien angenommen haben und die vorläufige albanische Regierung im Balkankrieg nicht nur Neutralität erklärt, sondern auch respektiert hat, verlangt der Kongress im Namen der Gerechtigkeit, daß der Krieg und die Blockaden in Albanien aufhören.
4. Der Kongress wird die entscheidenden Beschlüsse über die Regierungsform Albanien fassen.

Notizen.

Der vieloannte Konsul Prochaska ist mit dreiwöchigem Urlaub aus Triest nach Oesterreich abgereist. Er wird zuerst in Wien amtlichen Bericht erstatten und dann nach Wien zu seiner Familie zurückkehren. Es verlautet, daß Prochaska überhaupt nicht mehr nach Serbien zurückkehren wird.

Der türkische Geldmangel führt zu allerhand Transaktionen der Regierung. Konstantinopeler Zeitungsmeldungen zufolge hat sie durch Verkauf eines größeren Terrains im Stadtteil Farim und eines Grundstücks in Galata die Summe von 50000 Pfund erhalten. Andere Finanzoperationen ständen vor ihrem Abschluß.

Die türkische Flotte unternahm Donnerstag eine Ausfahrt aus den Dardanellen. Es kam zu einer Kanonade mit der griechischen Flotte. Am Abend feierte die türkische Flotte unverfehrt zurück.

Vor Statari wird ständig gelämpft. Das Bombardement der Stadt dauert an. Donnerstag Nachmittag gingen die Türken mit Artillerie gegen die montenegrinischen Stellungen bei Vidiza vor. Große Schneemassen bedecken den Tarabosch und die Umgegend.

Diese bulgarische Presse verbreitet allerhand Nachrichten über eine angebliche bulgarische Niederlage auf Gallipoli. Danach scheint die serbisch-bulgarische Freundschaft wieder einmal einen Anso bekommen zu haben.

Allerhand törichter Alarm.

Im Zusammenhang mit der nahenden Schneeschmelze, dem österreich-russischen Westfronten, der Entsendung Delcassés nach Petersburg und anderen geeigneten Kombinationsgrundlagen werden in der Presse wieder einmal eine ganze Anzahl antrengender Gerüchte folvoriert. So wissen die Krakauer „Noviny“ zu melden, daß den österreichischen Generalstabstreifen Nachrichten zugegangen seien, denen zufolge in den nächsten Tagen die Mobilmachung des 15. und 16. russischen Armeekorps angeordnet werden würde, und die Wiener „Reichspost“, die sich anlässlich der Orientkrise als ein schließliches Sensationsorgan erwiesen hat, das sich u. a. von — einem Pariser in Wien die Schauerberichte aus Triest schreiben ließ, will gar die von der russischen Armeeführung am 30. Januar für den Fall eines deutsch-österreichischen Angriffes in Rußland ausgegebenen Dispositionen erfahren haben. Es hat wenig Zweck, derlei vage Gerüchte aus verdächtiger Quelle ausführlich weiterzugeben, die meist nur das politische Wasser zu trüben, statt zu klären, geeignet sind.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Budgetkommission des Reichstags verhandelte unter Teilnahme des Gouverneurs von Südwestafrika, Dr. Seib, über eine Anzahl Resolutionen, die sich mit der Selbstverwaltung in den Kolonien befassen. Staatssekretär Dr. Solf bemerkte im Verlaufe der Debatte, daß die Dezentralisation; die das Zentrum wünsche, durchaus der Marschrichtung entspreche, in der man sich befinde. Indessen soweit sei man doch noch nicht, daß Südwest ganz selbständig gemacht werden könne. Der Gouverneur von Südwest habe aber zugestimmt, daß die Farmer in bestimmten Fragen selbständig abstimmen können, indes sei eine Begrenzung dieses Gebietes noch nicht notwendig. Ein Sozialdemokrat berief sich für die scharfe Behandlung der Eingeborenen durch die Farmer auf Protokolle der Verhandlungen des Landesrats. Gouverneur Seib erwiderte, diese Protokolle mögen vielleicht ein größeres Bild geben, als es den tatsächlichen Verhältnissen entspreche. Die Farmer seien zweifellos den Eingeborenen gegenüber in einer sehr schwierigen Stellung. Die Letzten sei sehr groß, und wenn nun einzelne Farmer vielleicht dem Zugrundegehen einer mit Mühe und Not gegliederten Herde nur aus Arbeitermangel zusehen müßten, werde man die manchmal vorhandene Erbitterung begreifen. Die meisten Farmer aber müßten sehr wohl, was sie an den Eingeborenen haben und kommen auch gut mit ihnen aus. Wenn von ihm eine scharfere Vorschrift über die Zu- und Abwanderung von Eingeborenen in einzelnen Bezirken erlassen worden sei, durch Einführung eines Pakamanges und Erhebung einer Pabgebühren von 3 Mark, so entspreche diese Vorschrift durchaus den Wünschen der Missionen, die ein Einwirken gegen das zwecklose herumwandern der Eingeborenen beklagen hätten. Ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei kam auf den in der Presse gemachten Vorschlag des Regierungsrats Sacher zu sprechen, daß auf Kosten des Reichs eine Anzahl Abgeordneter Reisen in die Kolonien machen sollen. Er würde die Durchführung dieses Planes für sehr wünschenswert halten, damit etwas mehr Sachkenntnis bei der Behandlung kolonialer Fragen im Reichstag sich annehmen möge. — Darauf begann die Einzelberatung. Eine größere Erörterung knüpfte sich an die Erhöhung des sogenannten Arifafonds von 150 000 auf 200 000 Mark. Schließlich wurde die Weiterberatung auf nächsten Dienstag vertagt.

Eine Denkschrift über die Zivilversorgung der Militäranwärter ist im Kriegsministerium fertiggestellt worden und wird demnächst dem Reichstage zugehen. Gegenüber den Klagen, daß die Militäranwärter zu lange Zeit auf Einberufung warten müßten und vielfach sich mit Stellen zufriedener geben müßten, die ihnen nicht begeben, legt die Denkschrift dar, daß diese Klagen im allgemeinen nicht begründet sind. Wenn in den letzten Jahren der Uebergang der Militäranwärter in den Zivildienst langsamer wie früher vorstatten gegangen ist, so hängt dies damit zusammen, daß sowohl die Post- wie die Eisenbahnverwaltung mit Beamtenpersonal genügend versehen war. Das erneute Anwachsen des Verkehrs hat diese Mängel in den letzten Monaten indes wieder beseitigt.

Betreffs der Kartenausgabe im Reichstage hat der Vorstand des Reichstages eine Neuerung beschloffen. In Zukunft werden die Schriftführer Tribünenkarten im Plenarsitzungsloale nicht mehr veräußern. Die erneuerten Karten werden vielmehr der Fraktion, die über den Platz erstmalig verfügt, wieder zugefickt werden. Auch die Präsidenten werden in der Zeit, in der sie Verhandlungen leiten, keine Eintrittskarten mehr ausgeben. Ferner ist vom Vorstande der Wunsch ausgesprochen, die Abgeordneten möchten Fremde während der Plenarsitzung nicht durch die um den Sitzungsloal herumliegenden Umgänge führen.

Deutsches Reich.

Die Protestkundgebung der Elbinger Landwirte. Das entschiedene Eintreten der Elbinger Landwirte für ihren Berufsgegenstand, den Pächter des kaiserlichen Vorwerks Hehbera, Herrn Soltz (nicht Soost), dürfte auch an jenen Stellen nicht ohne Eindruck geblieben sein, die den Kaiser über das Rehberger Rechtsverhältnis, sowie über den Stand und Entwicklungsgrad der westpreußischen Landwirtschaft so unerhört falsch informiert haben. Und das umsoweniger, als zu den Unterzeichnern des Herrn Soltz vom Elbinger landwirtschaftlichen Verein ausgestellten Vertrauensvotums auch der gegenwärtige Landrat des Elbinger Kreises, Graf von Posadowsky-Wehner, gehört. In der Vereinsversammlung, in der das Vertrauensvotum beschloffen wurde, herrschte eine äußerst erbiterte Stimmung, wie aus einem näheren Bericht hervorgeht, den die „Elbinger Zig.“ über die Sitzung bringt.

Danach äußerte im Verlauf der Diskussion Hauptmann Alsen-Drewschof u. a.: Ich glaube, wir sind alle der Ansicht, daß es richtig ist, dem alten bewährten Mitalieb (Herrn Soltz) unter Vertrauen auszusprechen. Wir müssen energig Stellung nehmen, nicht gegen die Worte Seiner Majestät, sondern gegen die, die in unerhörter Weise Seiner Majestät grundfalsch, erl. . . . Angaben über Gabinen und die westpreußische Landwirtschaft gemacht haben. (Lebhafte Zustimmung und Bravo!) Die Seiner Majestät über die Anzahl des Viehs gemachten Angaben sind vollständig falsch. Wenn Sie in die Gahiner Ställe blicken und das Vieh zählen, finden Sie noch nicht die Hälfte dessen, was dem geliebten Kaiser mitgeteilt ist. Herr Schröter-Elbinger-Weingarten; Bedauerlich an der Kaiserrede sind auch die Ausführungen von dem Fettgehalt der Milch. Die Landwirte haben darüber gelächelt, daß der Fettgehalt der Gahiner Milch 3,58 Prozent betragen soll. Nach meinen Erfahrungen beträgt er höchstens 3,28 Prozent. Seine Majestät ist über alles das falsch unterrichtet. Ich hoffe und wünsche, daß den Oherbläsern endlich mal der Mund gestopft wird. Erwähnen möchte ich noch, daß die freie Metzgerei der